

Per E-Mail: [REDACTED]

14.03.2025

Qualität in der Hilfsmittelversorgung sichern – keine Rückkehr zur Ausschreibungspraxis!

Sehr geehrter Herr [REDACTED]

eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe und individuelle Versorgung mit passenden Hilfsmitteln ermöglicht Millionen Patientinnen und Patienten in unserem Land – insbesondere Menschen mit Behinderungen sowie Seniorinnen und Senioren – die Verbesserung ihrer Lebensqualität, gesellschaftliche Teilhabe und in vielen Fällen eine sichere Versorgung in den eigenen vier Wänden. Die Hilfsmittelversorgung leistet damit einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung der ambulanten Versorgung und zur Entlastung von Pflegeanbietern und Krankenhäusern. Zugleich vermeidet sie teure Folgekosten in der Gesundheitsversorgung und entlastet damit langfristig die Kostenträger sowie die Beitragszahlerinnen und -zahler.

Keine Rückkehr zum gescheiterten Instrument der Ausschreibungen!

Angesichts dieses wichtigen Beitrags zur Gesundheitsversorgung sehen wir mit großer Sorge, dass aktuell im Kontext der Koalitionsgespräche von Seiten der Krankenkassen massiv für eine Rückkehr zum bereits in der Vergangenheit gescheiterten Instrument der Ausschreibungen in der Hilfsmittelversorgung lobbyiert wird. Mit irreführenden Zahlen über angebliche hohe Kostensteigerungen im Hilfsmittelbereich seit Ende der Ausschreibungspraxis sowie Verweisen auf den hohen Kostendruck im Gesundheitswesen wird eine Angstdebatte geschürt, die sowohl an den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten als auch an der Versorgungsrealität völlig vorbeigeht.

Ausschreibungen gefährden massiv die Versorgungsqualität

Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt: Ausschreibungen führen zu einem reinen Preiswettbewerb und damit einer Billigversorgung. Sie vernachlässigen die notwendige Versorgung durch geschultes Fachpersonal und gefährden massiv die Patientenversorgung!

Der Gesetzgeber selbst hat 2019 die Abschaffung von Ausschreibungen sowie damit verbundener Instrumente wie Open-House-Verträge und Festpreise mit der Gefährdung der Versorgungsqualität begründet. Alle vorherigen Versuche, über angebliche Qualitätskriterien bei der Ausschreibungspraxis und die Aufsichtsbehörden die Versorgungsqualität in Ausschreibungsverfahren zu sichern, sind ausnahmslos gescheitert. Eine erneute Einführung von Ausschreibungen wird daher zwangsläufig wieder zu einem Billigwettbewerb auf Kosten der Rechte und Teilhabe der betroffenen Patientinnen und Patienten führen. Dazu darf es nicht kommen!

Ausschreibungen führen zu teuren Folgekosten

Ausschreibungen gefährden nicht nur die Versorgungs- und Lebensqualität der betroffenen Patientinnen und Patienten, sondern verursachen auch mittel- und langfristig teure Folgekosten für die Solidargemeinschaft. Wird durch Billigausschreibungen zum Beispiel bei der Inkontinenzversorgung gespart, drohen Entzündungen, Wunden und damit zusätzliche Behandlungen und Belastungen für die Betroffenen sowie Mehraufwände in der Pflege. Die gleichen Entwicklungen konnten wir auch in der Rollstuhlversorgung beobachten. Mit entsprechenden Folgekosten für die Kostenträger und damit letztlich für die Beitragszahlerinnen und -zahler.

Entgegen der verzerrenden Darstellung der Krankenkassen lassen sich zudem seit Jahren für die Gesamtausgaben im Hilfsmittelbereich keine überdurchschnittlichen Kostensteigerungen feststellen. Weder die Einführung der Ausschreibungen 2007 noch ihre Abschaffung 2019 hat zu besonderen Abweichungen in der Gesamtentwicklung der Ausgaben der Kassen für Hilfsmittel geführt. In der aktuellen Entwicklung ist die Ausgabenentwicklung bei Hilfsmitteln sogar unterdurchschnittlich im Vergleich zur übrigen Ausgabenentwicklung in der GKV.

Ja zu nachhaltigen Reformen, Entbürokratisierung und Digitalisierung

Die Argumentation der Krankenkassen ignoriert die eigentlichen Gründe für die Ausgabenentwicklung im Gesundheitsbereich, wie die Alterung der Bevölkerung, die wirtschaftlichen Verwerfungen infolge der multiplen Krisen sowie die Verlagerung versicherungsfremder Leistungen in die Krankenversicherung. Die Lösung dieser Probleme kann jedoch nicht in einem Abbau von Versorgungsstandards und Patientenrechten durch eine Wiedereinführung von Ausschreibungen liegen.

Statt einer Rückkehr zu gescheiterten Experimenten bedarf es durch die neue Bundesregierung Reformen, welche die Hilfsmittelversorgung insbesondere von der seit Jahren ausufernden Bürokratie befreien. Ein konsequenter Bürokratieabbau in der Versorgung und Abrechnung inklusive der Einführung administrativer Rahmenverträge, eine konsequente Digitalisierung sowie ein einheitlicher, ermäßigter Umsatzsteuersatz auf Hilfsmittel würden massiv Ressourcen bei Kostenträgern und Leistungserbringern freisetzen. Eine Übersicht mit weitergehenden Informationen zu unseren Vorschlägen fügen wir diesem Schreiben an.



Wir appellieren daher an Sie, [REDACTED] lehnen Sie im Sinne einer hochwertigen, individuellen und wohnortnahen Versorgung eine Rückkehr zur Ausschreibungspraxis in der Hilfsmittelversorgung ab und setzen Sie sich für eine bürokratiearme, zukunfts feste und nachhaltige Versorgung im Sinne der Patientinnen und Patienten ein.

Gerne stehen wir Ihnen für einen Austausch jederzeit zur Verfügung!

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

Kirsten Abel & Patrick Grunau
WvD-Generalsekretäre

Zum Verband „Wir versorgen Deutschland“ (WvD):

Die in „Wir versorgen Deutschland“ (WvD) zusammengeschlossenen Partner gehören zu den maßgeblichen Spitzenverbänden und Zusammenschlüssen der Leistungserbringer. In ihrer Verantwortung für eine qualitätsgesicherte, wohnortnahe und wirtschaftliche Versorgung haben sich die Partner auf gemeinsame politische Positionen verständigt. Dem Verband gehören an: Bundesinnungsverband für Orthopädie-Technik, EGROH-Service GmbH, ORTHEGROH eG, Reha-Service-Ring GmbH, rehaVital Gesundheitsservice GmbH, Sanitätshaus Aktuell AG sowie der Verband Versorgungsqualität Homecare e.V.

Kontakt:

Wir versorgen Deutschland (WvD)

Lützowstr. 102 - 104

Aufgang C, 5. OG

10785 Berlin

Tel.: 0049 30 33 93 35 63

E-Mail: info@wirversorgendeutschland.de

www.wirversorgendeutschland.de

[WvD im Lobbyregister des Bundestages](#) (Reg.-Nr. R004824)

[Verhaltenskodex zum Lobbyregister des Bundestages](#)